



HESSISCHER LANDTAG

23. 09. 2014

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Gedenken an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren und eine Politik gegen Krieg und Kriegsvorbereitung heute

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag gedenkt aus Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 der Millionen Opfer der faschistischen Barbarei. Die über 55 Millionen Toten des 2. Weltkrieges sind bleibende Mahnung und Verpflichtung. Die Ermordung von sechs Millionen Juden und von Sinti und Roma mahnen uns heute, gegen Rassismus und Antisemitismus aktiv zu bleiben.

Der Hessische Landtag begreift die Erinnerung an die Entstehung, den Verlauf und die Folgen des Krieges als dauerhafte und vorbehaltlose Verpflichtung, für Frieden, Demokratie und Freiheit und gegen Faschismus und Rassismus einzutreten. Der Hessische Landtag erinnert an die Hessische Verfassung, in der es in Artikel 69 unmissverständlich heißt:

"(1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.
(2) Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig."

Der Hessische Landtag fühlt sich der Losung "Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg" verpflichtet. Er gedenkt mit Hochachtung der Widerstandskämpferinnen und -kämpfer gegen den Faschismus aus allen politischen, religiösen und gesellschaftlichen Lagern. Unter Einsatz des eigenen Lebens setzten sich diese Menschen für die Freiheit ihrer Mitmenschen, für das Überleben der von Verfolgung Bedrohter und für die Überwindung der Gewaltherrschaft ein. Ihr eindrucksvolles Beispiel großer Menschlichkeit soll künftigen Generationen ein Vorbild sein.

Der Hessische Landtag gedenkt der Verbrechen der Wehrmacht und ihrer Opfer. Er erinnert mit Achtung an jene Soldaten, die sich dem Einsatz der Waffen, der befohlenen Tötung von Zivilisten, Kriegsgefangenen oder der Beteiligung am Holocaust durch Desertion entzogen haben. Auch aus dieser Erfahrung ist die Verweigerung des Kriegsdienstes oder die Desertion bis heute ein wichtiges Signal gegen Krieg und Gewalt. Deserteure und Verweigerer fremder Armeen müssen in Deutschland Asyl erhalten.

Der Hessische Landtag würdigt die Aktivitäten der westdeutschen Friedensbewegung, die sich gegen die Remilitarisierung, gegen die atomare Bewaffnung und gegen die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland und in aller Welt gewandt hat und noch heute wendet, und die Friedens- und Bürgerbewegung in der DDR, die sich unter der Losung "Schwerter zu Pflugscharen" für Frieden und Abrüstung eingesetzt hat. Er begrüßt und würdigt den Einsatz aller friedliebenden Menschen in unserem Land gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr in Jugoslawien, Afghanistan und Mali, gegen Kriegsunterstützung und Waffenlieferungen und für Völkerverständigung und Abrüstung.

Der Hessische Landtag appelliert deshalb an die politisch Verantwortlichen in unserem Land, sich aktiv für die folgenden Ziele einzusetzen:

1. Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen. Jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von militärischen Interventionen muss unterlassen und sofort beendet werden. Die Bundeswehr soll sofort vollständig aus Afghanistan und allen Kriegsgebieten abgezogen werden.
2. Die Ursachen von Konflikten und Kriegen müssen beseitigt werden. Gewalt kann nicht mit Gewalt eingedämmt werden. Deshalb müssen die Rüstungsausgaben drastisch gesenkt und die Hilfe für Menschen in Not ausgebaut werden. Die Beseitigung von Ungerechtigkeit und Unterdrückung weltweit muss im Zentrum der Außenpolitik stehen.

3. Eine Welt ohne Atom- und andere Massenvernichtungswaffen muss durchgesetzt werden. Chemische und biologische Waffen müssen geächtet werden. Das gilt auch für die Kampfdrohnen und neue kriegerische Technologie, die den Massenmord perfektionieren sollen.
4. Kriegsvorbereitungen und weltweite tödliche Drohneneinsätze aus unserem Land durch NATO-Truppen müssen verhindert und bestraft werden. Das NATO-Truppenstatut muss aufgehoben werden.
5. Rüstungsproduktion muss in die Herstellung ziviler Güter umgewandelt werden. Rüstungsgüter dürfen insbesondere nicht in Krisengebiete exportiert werden. Jegliche Waffenexporte sowie Rüstungsforschung an den Universitäten müssen verboten werden.
6. Es darf keinen neuen Militarismus geben. Der Gewöhnung der Bevölkerung an Militär und tödliche Waffen auch in zivilen Zusammenhängen ist immer Teil der Vorbereitung von Kriegen gewesen. Die Bundeswehr soll ihre Werbung in Schulen, Arbeitsagenturen und z.B. beim Hessentag sofort beenden. Das Kooperationsabkommen zwischen dem Hessischen Kultusministerium und der Bundeswehr ist aufzukündigen.
7. Hessische Schülerinnen und Schüler sollen die Gelegenheit haben, mit den Persönlichkeiten des Widerstands, ihrem Leben und ihrer Widerstandstätigkeit bekannt zu werden. Zu diesem Zweck ist auch der Besuch von Gedenkstätten für jede Schulklasse sicherzustellen.

Wiesbaden, 23. September 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen